

# Lautstarker Protest gegen die Atomkraft

## Rund 500 Menschen erinnern an die Opfer in Japan

Von unserem Redaktionsmitglied  
Tina Kampf

„Ausstieg jetzt“: Immer wird dieser Ruf gestern Abend auf dem Karlsruher Marktplatz laut. Mehrere Organisationen, darunter der BUND, attac und der Aktionskreis Internationalismus (AKI), hatten zur Mahnwache eingeladen. Nach Schätzungen der Veranstalter gedachten so rund 500 Menschen der Opfern der Erdbebenkatastrophe in Japan und forderten zudem die Abkehr von der Kernenergie. (Siehe auch untenstehenden Artikel und Sonderseiten.)

„Atomkraft – nein danke“ hieß es auf den Transparenten. „Wir wollen ein Zeichen setzen, dass jetzt endlich etwas passieren muss“, erklärten zwei Schülerinnen, die aus Durlach auf den Marktplatz gekommen waren. Dicht gedrängt standen dort die Demonstranten, darunter auch die Landtagskandidaten Johannes Stober und Regina Schmidt-Kühner (beide SPD) sowie Gisela Splett und Alexander Salomon (Grüne), die Bundestagsabgeordnete der Linken, Karin Binder, und Stadträte der Fraktionen der Grünen, der SPD und der KAL. In den Gesprächen ging es wie in den Beiträgen der Redner immer wieder um Gefahren der Kernkraft insgesamt sowie um die Nähe zu Philippsburg und dem Institut für Transurane auf dem KIT-Gelände in Eggenstein. „Ich will das nicht weiter haben, wir sehen jetzt ja, wie gefährlich das ist“, erklärte eine junge Frau, die mit ihren vierjährigen Zwillingmädchen zur Kundgebung gekommen war. Die Politik müsse jetzt handeln und abschalten.

„Natürlich kann ich die Sorgen der Bürger verstehen“, erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther auf Nachfrage. Und es sei wichtig, dass Experten nun prüfen, ob die Anlagen den Anforderungen auch unter Extrembedingungen standhalten. „Da müssen wir auch an Terror oder Flugzeugabstürze denken“, betont Wellenreuther. Dennoch war-

ne er vor Panik und Hysterie. Die geographischen Bedingungen in der Region seien zudem ganz anders als in Japan. Trotz dieses Unterschieds hält die Grünen-Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, die zudem atompolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, die Situation durchaus für vergleichbar, weil hier wie dort mehrere Schadensfälle zusammenkommen könnten – auch solche, die nicht erwartbar seien. „Die Ereignisse in Japan stellen eine Zäsur dar.“ Es sei deutlich geworden, wie verwundbar Industriegesellschaften und Technologien seien. „Das Restrisiko ist real geworden. Wir müssen jetzt die Verantwortbarkeit neu diskutieren.“ Diese Debatte über Atomkraft werde es weltweit geben, ist Kotting-Uhl überzeugt. „Wir müssen jetzt rasch entscheiden, wie es weitergehen soll“, sagt der FDP-Abgeordnete Heinz Golombbeck, der einst selbst in den Kraftwerken Biblis und Brunsbüttel an der Steuerung der Kühlmittelpum-

pen mitarbeitete. „Ich war mir immer sicher, dass wir eine Supertechnik haben und bei uns nichts passieren kann“, erklärt der Liberale: „Aber jetzt bin ich doch sehr nachdenklich geworden.“ Es habe sich gezeigt, dass Naturgewalten nicht kalkulierbar seien und sich Schadensfälle aufaddieren könnten. Der Atomausstieg müsse kommen, sei aber nicht von heute auf morgen möglich. „Aber der Druck wächst jetzt sicher.“

Mit zunehmendem öffentlichen Widerstand rechnet auch Karin Binder von den Linken, die einen Richtungswechsel aber nur bei veränderten politischen Mehrheiten für möglich hält. „Ich glaube nicht, dass bei der schwarzen Landesregierung tatsächlich ein großes Umdenken stattfindet“, sagt die Bundestagsabgeordnete. Sie gehe davon aus, dass man in den nächsten Tagen zwar „einige Maßnahmen“ treffe, „um für die Landtagswahl zu retten, was zu retten ist“. Dennoch fürchte sie, dass die Verantwortlichen nach dem Urnengang – wenn es nicht zu neuen Mehrheiten kommt – in die alten Schiene zurückkehren.

### Bundestagsabgeordnete betonen Handlungsbedarf



„ATOMKRAFT, NEIN DANKE“: Rund 500 Menschen haben gestern Abend auf dem Karlsruher Marktplatz den Ausstieg aus der Kernenergie gefordert.  
Foto: jodo